

Sich mit eigenen Ideen einbringen

Mit Senioren Zukunft gestalten - in der Gesellschaft

In die Planungen und Entscheidungen über ihre ehrenamtlichen Aktivitäten wollen Ältere einbezogen werden. Lediglich übertragene Aufgaben zu erfüllen, liegt diesen aktiven Alten weniger. Diese Erkenntnis nahm die zweite ESW-Vorsitzende Dr. Erika Neubauer zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen bei ihrem Vortrag „Mit Senioren Zukunft gestalten – in der Gesellschaft“ bei der Tagung des Evangelischen Seniorenforums ESF des ESW (Evangelisches Seniorenwerk) Ende September 2009 in Kassel. Den Vortrag veröffentlichen wir hier folgend.

Alter hat Zukunft: Diese Tatsache trifft sowohl für die Gesellschaft wie für Seniorinnen und Senioren zu. Politikern und der Öffentlichkeit ist diese Perspektive jedoch noch wenig bewusst, vor allem, wenn Alter mit dem Anspruch auf Mitgestaltung verbunden wird. Das hängt wohl damit zusammen, dass sich das Bild vom Alter eher an älteren Menschen orientiert, die das eigene Leben in Kindheit und Jugend geprägt haben, als an den sogenannten „Best-Agern“ von heute. Im Unterschied zu früher hat sich die Lebenssituation von Senioren, jedenfalls im Durchschnitt, grundsätzlich verbessert. Generell ist sie durch folgende **Trends** gekennzeichnet:

- Verlängerung der Lebenserwartung
- Anstieg der in Gesundheit verbrachten Jahre (60jährige Männer haben noch etwa 16, 60jährige Frauen noch rund 19 Jahre vor sich)
- besser gesicherte materielle Versorgung
- Verkleinerung der Haushalte, insbesondere Zunahme der Single-Haushalte im höheren Alter
- weniger Enkel
- Zunahme von Trennungen und Scheidungen, Schließen neuer Partnerschaften („Patchwork-Familien“)
- weitere Entfernungen zu Familien der Kinder
- größere Mobilität
- mehr Freizeitaktivitäten

Wer heute ins Rentenalter startet, hat gegenüber früheren Generationen also aller Voraussicht nach nicht nur Lebensjahre dazu gewonnen, sondern auch Gestaltungsraum. Dabei ist festzustellen, dass sich dieser mit kleiner werdenden Familien immer mehr vom privaten Bereich in das soziale Umfeld bzw. den öffentlichen Raum verlagert.

1. Ältere als Gestalter ihres eigenen Lebens

Die überwiegend zufriedenstellende Lebenslage und die Möglichkeit, die „späten Freiheiten“ zu nutzen, haben bei vielen Älteren zu einem **neuen Selbstverständnis** geführt. Ungehindert von festgelegten beruflichen Verpflichtungen und festen Arbeitszeiten suchen sie nach differenzierten und selbst steuerbaren Möglichkeiten, ihre Interessen und Fähigkeiten sinnvoll einzusetzen. Sie werkeln in Haus und Garten, gehen ihren Hobbys nach und reisen. Aber zunehmend üben sie auch ehrenamtliche Tätigkeiten aus. Vor allem die sogenannten Jungen Senioren engagieren sich in wachsendem Ausmaß und bringen sich in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern ein. "Sport und Bewegung" rangieren hierbei an erster Stelle, gefolgt von "Kirche und Religion" sowie dem „Sozialen Bereich“.

Ältere Menschen sind demnach bestrebt, die "gewonnenen Jahre" nicht nur zu genießen und eigene Interessen zu pflegen, sondern sie wollen die ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte und die erworbenen Kompetenzen auch anderen zugute kommen lassen. Diese Motivation geht ganz klar aus ihren Antworten auf Fragen zu den **Beweggründen für freiwilliges Engagement** hervor, indem sie auf die "innere Verpflichtung" oder ihr Verantwortungsgefühl verweisen (laut Generationenbarometer 2006, Freiwilligen-Survey 2004). Öfter als Jüngere kreuzen sie auch in Stellungnahmen an, dass sie "die Gesellschaft im Kleinen mitgestalten wollen" und ihr "Handeln zum Teil politisch begründet" ist.

Sich für andere (selbstlos) einzusetzen, das haben Ältere früher gleichfalls getan. Neu, oder besser ausgedrückt: häufiger ist jedoch die Koppelung mit Motiven zur Selbstverwirklichung im Sinne eines Gebrauchtwerdens und des persönlichen Gewinns. Dazu kommt heutzutage das **Bedürfnis, selbst aktiv zu werden und selbst mitbestimmen zu können**, welche Tätigkeit übernommen und wie sie ausgeführt wird. Auch wenn es individuelle Unterschiede gibt, sind Ältere in der Regel wenig daran interessiert, ihnen zugewiesene Aufgaben einfach zu erledigen, sondern wollen in die Planungen und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Diese Erwartungen basieren auf den im Laufe ihres Lebens gewonnenen Erfahrungen und Fähigkeiten, die sie weiter nutzen und einbringen möchten. Besonders begrüßt wird daher, wenn ein Ehrenamt die Möglichkeit zur Fortbildung und Qualifizierung bietet.

Als weiterer Aspekt ist wichtig, dass Seniorinnen und Senioren zu „**Experten des Lebens im Alter**“ geworden sind. Wie bei der Erziehung von Kindern oder dem Erleiden einer Krankheit kann man zwar aus Büchern oder Fernsehfilmen viel lernen, aber die Realität fällt dann oft ganz anders aus. So ist es auch beim Alter: Wer es aus eigenem Erleben kennt, weiß die Bedürfnisse einzuschätzen und kann sich auf die spezifische Situation einstellen. Auch Notlagen und Schwierigkeiten werden schneller festgestellt, wenn man selbst etwa von Rentenkürzungen betroffen ist und mit einem geringeren Budget zurechtkommen muss. Ebenso sensibel reagieren ältere Menschen auf ihre Umwelt, inwieweit diese ihren Ansprüchen gerecht wird und „seniorentauglich“ ist.

Damit das Alter Zukunft hat und auch Jüngere von Verbesserungen profitieren können, setzen sich ältere Menschen in wachsender Zahl dafür ein, **auf Hindernisse und Problemlagen aufmerksam zu machen** und sich nach Möglichkeit **an deren Beseitigung zu beteiligen**. Dabei ist ihnen besonders daran gelegen, sich auch für die Menschen zu engagieren, die sich selbst nicht (mehr) artikulieren können, weil sie hochaltrig oder behindert sind. Welche Handlungsfelder dabei aufgegriffen und welche Ziele im Einzelnen angestrebt werden, wird nachfolgend für die Bereiche "Gesellschaft" und "Kommune" aufgezeigt.

2. Ältere als Mitgestalter der Gesellschaft

Die **hohe Wahlbeteiligung** älterer Menschen spiegelt ihren Willen wider, auf gesellschaftlicher Ebene mitreden zu wollen. Besonders vor Wahlen sind Politiker gern bereit, auf die Wünsche von Seniorinnen und Senioren einzugehen, um sie für die eigene Partei zu werben. Seniorenverbände nutzen das geschickt aus und formulieren Wahlprüfsteine mit aktuellen Forderungen. Auch das Evangelische Seniorenwerk hat im Bezug auf die Bundestagswahl 2009 rechtzeitig gehandelt und persönliche Entscheidungshilfen herausgegeben.

Die kurzzeitige Berücksichtigung von Senioreninteressen ist der Tropfen auf den heißen Stein, der erfreut begrüßt wird, aber die Zielmarke der kontinuierlichen Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse nicht annähernd erreicht. Darum muss nach wie vor mit den in einer Demokratie zur Verfügung stehenden Mitteln darum gekämpft werden, die **Mitwirkungsmöglichkeiten von Senioren** zielstrebig auszuweiten und Eingang in wichtige Gremien zu finden. Die Legitimation ergibt sich auch daraus, dass mehr gesellschaftliche Beteiligung und mehr politische Partizipation älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger vonnöten sind, um die Auswirkungen des sich seit langem abzeichnenden demografischen Wandels zu bewältigen.

Politik mit und für Ältere

An welchen Punkten hat nun die „Politik mit und für die Alten“ anzusetzen? Auch wenn es den meisten Senioren nach den Durchschnittswerten der Renten- und Einkommensstatistik materiell besser als Älteren vorheriger Generationen geht, so dürfen diese Zahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das **Risiko der Altersarmut** steigt. Oft werden aus Scham auch keine Anträge auf Sozialleistungen gestellt. Vor allem die rentennahen Jahrgänge werden von Armut betroffen sein, wenn ihre Erwerbsbiografien Lücken aufweisen. Bei der seit Jahren andauernden hohen Arbeitslosigkeit ist das bereits heute abzusehen.

Um diese Entwicklung möglichst zu verhindern, setzen sich Sozial- und Seniorenverbände für Verbesserungen ein, die allerdings die in der Regel jüngeren Beitragszahler nicht übermäßig belasten sollten. Die von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) vorgebrachten Forderungen beziehen sich daher auf konkrete Maßnahmen, die dazu dienen sollen, dass die **Gesetzliche Rentenversicherung** auch in Zukunft mehr als eine Armut vermeidende Grundsicherung bleibt. Außerdem sollen Familienleistungen wie Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen künftig stärker als bisher als Zeiten für die Rente angerechnet werden. Ebenso ist es nach zwanzig Jahren Wiedervereinigung längst überfällig, für Ost- und Westdeutschland ein einheitliches Rentenniveau einzuführen. Nach Aussage der Bundeskanzlerin auch beim Deutschen Seniorentag in Leipzig 2009 ist die Durchsetzung der letzten Forderung bereits abzusehen.

Ältere flexibel beschäftigen

Im Hinblick auf die materielle Lage älterer Menschen ist eine **kontinuierliche Beschäftigung** vor dem Eintritt in die Rente ungemein wichtig. Nach den Erfahrungen in fortschrittlichen Betrieben und Ergebnissen von Forschungsprojekten kann der Verbleib älterer Arbeitnehmer etwa durch präventive Maßnahmen, gezielte Fortbildung, altersgemischte Teams, Wahl eines geeigneten Arbeitsplatzes o.ä. gefördert werden. Hier ist Überzeugungsarbeit auf unterschiedlichen politischen Ebenen zu leisten, um Vorurteile gegen ältere Arbeitnehmer abzubauen und die Vorteile, die ihre Weiterbeschäftigung etwa für Serviceleistungen oder die Bindung von Kunden bringt, zu verdeutlichen. Erste statistisch nachweisbare Erfolge sind bereits zu erkennen. Eine weitere Forderung in diesem Zusammenhang betrifft die Flexibilisierung beruflicher Altersgrenzen verbunden mit der Möglichkeit, über das gesetzliche Rentenalter hinaus zu arbeiten und dadurch zusätzliche Rentenansprüche erwerben zu können. Von solchen Regelungen könnten auch Frauen profitieren, die dem Risiko der Altersarmut besonders ausgesetzt sind.

Eine **verlässliche gesundheitliche Versorgung** gehört ebenfalls zu den zentralen Forderungen von Seniorinnen und Senioren. Diese hängt jedoch, wie auch die Pflege, stark davon ab, in welchem Bundesland und ob er in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Momentan sind wir in Deutschland allerdings noch weit von einer flächendeckenden haus- und fachärztlichen Versorgung entfernt, ganz zu schweigen von speziellen geriatrischen Kenntnissen, die in der Ausbildung von Ärzten trotz entsprechender Forderungen immer noch nicht verankert sind. In diesem Bereich arbeiten Ärzte- und Seniorenverbände teilweise zusammen, um auf politischer Ebene mehr Gehör zu finden. So hat der Hartmannbund z.B. einen Ausschuss „Alter und Medizin“ eingerichtet, der sich gezielt mit solchen Problemlagen befasst.

Transparenz und Mitwirkung

In der „Politik mit und für Alte“ gibt es noch weitere Ansatzpunkte, so dass noch viele Forderungen anstehen, die hier nicht näher ausgeführt werden können. Vielmehr erfolgt nun ein Überblick über die Vorgehensweisen, die dazu beitragen können, die gesellschaftliche Beteiligung von Senioren auszuweiten und zu stärken. Ich verweise auf die Ergebnisse der BAGSO-Jahrestagung 2006¹. Danach dienen folgende **Strategien zur Erhöhung der Mitwirkung älterer Menschen bei politischen Entscheidungsprozessen**:

- Ein realistisches Altersbild propagieren und den Stellenwert der Älteren steigern,
- Gesetze/Vorschriften zur Ausweitung der Partizipation und Mitwirkung Älterer einführen (Quotenregelung?),
- politische und wirtschaftliche Strukturen transparenter machen (so in der Gesundheitspolitik),
- mehr Aufklärung / Schulung Älterer über ihre Rechte und Aufklärungsmöglichkeiten als Verbraucher, als Patient, als Heimbewohner, usw. anbieten,
- „seniorenrechtliche Lebenswelten“ ermöglichen durch die barrierefreie Gestaltung von Produkten, Dienstleistungen, Wohnungen sowie Infrastrukturmaßnahmen und
- strukturelle und konzeptionelle Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement verbessern.

Mit diesen grundlegenden Strategien wird die Zielmarke hoch angesetzt. Es ist wichtig, sie klar herauszuarbeiten, damit Seniorenverbände und ihre Funktionsträger sich daran orientieren können und die gleiche Stoßrichtung haben. Auf diese Weise können die Kräfte gebündelt werden.

Die Orientierung an übergeordneten Zielvorgaben und Strategien ist auch für die vor Ort tätigen Seniorinnen und Senioren unerlässlich, damit der freiwillige Einsatz längerfristig die Veränderungen auf den Weg bringt, die angesichts des demografischen Wandels erforderlich sind.

3. Ältere als Mitgestalter in der Kommune

Mit steigendem Alter konzentriert sich das Leben verstärkt auf die Wohngemeinde und die Wohnung. Die **Bereitschaft älterer Menschen, sich in ihrer Stadt oder ihrem Dorf zu engagieren**, macht also Sinn. Häufig geht damit der Wunsch einher, zu Verbesserungen beizutragen, die Senioren den Alltag erleichtern und dadurch den möglichst langen Erhalt der Selbstständigkeit fördern. In manchen Kommunen werden solche Initiativen unterstützt, aber oft

¹ http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Publikationen/BAGSO_Jahresbericht_2006.pdf

werden sie von Politik und Verwaltung nicht ernst genommen, und die Akteure erleben Enttäuschungen.

Der „Tag der älteren Generation“ am 2. April 2008 brachte eine entscheidende Wende, weil mit Übergabe des **Memorandums „Mitgestalten und Mitentscheiden: Ältere Menschen in Kommunen“**² an die damalige Bundesseniorenministerin Ursula von der Leyen das Förderprogramm des Familienministeriums BMFSFJ an die Öffentlichkeit ging, das zur Durchsetzung des Leitbildes des „Aktiven Alters“ verhelfen soll. Die Gemeinschaftsinitiative wird von Bundesländern, Kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen und Seniorenverbänden als Partnern getragen, wobei die BAGSO mit der Federführung für die Erstellung des Memorandums wichtige Vorarbeiten geleistet hat.

Bahnbrechende Förderung

Mit der Installierung des Förderprogramms wurde ein bahnbrechender Prozess angestoßen, der die Basis für das Engagement älterer Menschen verstärkt und die Voraussetzungen für ihre gesellschaftliche Partizipation schafft. Das wird dadurch erreicht, dass die Partner, weitere Akteure und Kommunen eine **Selbstverpflichtung zur Unterstützung der Leitlinien** des Memorandums abgeben. Diese benennen die grundsätzlichen Bedingungen für die Realisierung einer aktiven Altenpolitik in Kommunen, die den demografischen Wandel als Chance nutzen und vor allem ältere Bürger in die (Um-)Gestaltungsprozesse einbeziehen wollen. Die Leitlinien werden durch Handlungsperspektiven ergänzt, die für die Bereiche Infrastruktur, Politische Partizipation, Wohnen und Wohnumfeld, Nachbarschaftshilfen und Dienstleistungen, Sport, Gesundheit, Prävention sowie Bildung und Kultur konkrete Empfehlungen für die Umsetzung geben.

Kooperationspartner stützen

Die Veröffentlichung des Memorandums gab auch das Startsignal für ein **Ausschreibungsverfahren**, bei dem sich Kommunen in Kooperation mit Seniorengruppierungen um eine Anschubfinanzierung in Höhe von 10.000 € bewerben konnten. Insgesamt wurden 150 Anträge bewilligt, so dass nun in ganz Deutschland zu den bereits vorhandenen Seniorenvertretungen, Seniorenbüros etc. noch 150 Kommunen hinzugekommen sind, die sich als Motoren einer aktiven Seniorenpolitik verstehen. Sie werden im Rahmen des Programms wissenschaftlich begleitet und zu Fortbildungsveranstaltungen eingeladen. Dadurch wird ein bundesweites Netzwerk forciert.

Die Kommunen, die einen Zuschuss erhalten haben, müssen zusammen mit „ihrem“ Senioren-Projektpartner einen vorgeschriebenen Arbeitsplan erfüllen. Dieser enthält folgende **Meilensteine**, damit die Zielvorgabe, eine zukunftsfähigen Stadt zu entwickeln, erreicht wird:

- **Bedarfsermittlung:** Durch Diskussionsrunden, Befragungen oder auch Checklisten soll der Handlungsbedarf vor Ort festgestellt werden. Das ist notwendig, weil ältere Bürger im Hinblick auf die Erhaltung ihrer Selbständigkeit unterschiedliche Bedürfnisse haben. Daher müssen sie selbst beurteilen, inwieweit die Rahmenbedingungen in ihrer Stadt diesen Anforderungen gerecht werden. Wenn im Laufe des Projekts solche „Stolperfallen“ für Senioren beseitigt

² http://www.aktiv-im-alter.net/coremedia/generator/aia/de/08_Downloads/Das_20Memorandum.pdf

werden, profitieren davon auch Jüngere und steigern ihre Lebensqualität.

- **Lokale Bürgerforen unter dem Motto „Wie wollen wir morgen leben?“:** Die Befragungsergebnisse legen die Ansatzpunkte für Verbesserungen offen. Um möglichst praxisnahe Vorschläge zu sammeln, sollen viele Bürger z.B. in einem bestimmten Stadtviertel beteiligt werden und ihre Meinung einbringen. Anschließend soll eine gemeinsame Strategie entwickelt und Seniorengruppen gebildet werden, die selbst organisiert die erforderlichen Aktivitäten in die Hand nehmen.
- **Aufbau von Kooperationen:** Die Vernetzung mit bereits in der Kommune tätigen Initiativen, Vereinen und Institutionen soll die Veränderungsprozesse voran und möglichst viele Akteure zusammen bringen. Es sollen keine Konkurrenzen aufgebaut werden, sondern vorhandene Ressourcen gemeinsam genutzt werden.
- **Entwicklung von Projekten älterer Menschen:** Die aktiven Seniorengruppen sollen die anstehenden Veränderungsprozesse mitgestalten, indem sie in Eigenregie Projekte planen und durchführen. „Hierdurch können unter günstigen finanziellen Rahmenbedingungen neue Angebote in Kommunen entstehen, die bürgernah und bedarfsgerecht sind“ (die Kurzbeschreibung des Programms „Aktiv im Alter“ findet sich unter www.aktiv-im-alter.net).

Mit diesem Arbeitsplan gibt das Programm „Aktiv im Alter“ idealtypisch ein Vorgehen vor, das auch Senioren in Orten realisieren können, die nicht zu den Zuschussempfängern gehören. Ohne die Förderung wird die Umsetzung voraussichtlich schwieriger sein und länger dauern, aber nachdem bundesweit vorbildhafte Modelle entstehen, werden weitere Kommunen einen Nachholbedarf verspüren. Damit steigt die Chance, dass die Bedürfnisse von Senioren auf Verständnis stoßen und ihr Engagement unterstützt wird.

Für Kirchengemeinden hilfreich

Die Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe älterer Menschen und ihre gesellschaftliche Partizipation werden sich also verbessern, weil die demografische Notwendigkeit immer deutlicher wird und vor allem diejenigen Kommunen vom Fortschritt profitieren, die sich zu einer aktiven Seniorenpolitik entschlossen haben.

Damit werden die älteren Menschen, die mitverantwortlich handeln wollen, mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung in Gesellschaft und Kommune erhalten. Die Fülle von Praxisbeispielen, die derzeit entstehen, geben dafür wertvolle Anregungen. Dazu gehören auch Modelle, die aus Senioren-Initiativen und -gruppen in Kirchengemeinden hervorgegangen sind und sich dann vor Ort ausbreiten. Auf diese Weise erfüllen Seniorinnen und Senioren diakonische Aufgaben und tragen als gleichberechtigte Partner zu einer aktiven Bürgergesellschaft bei.

Dr. Erika Neubauer
2. Vorsitzende des Evangelisches Seniorenwerks (ESW)

Quelle: Informationsbrief des ESW, Nr. 63 / 1-2010